



NEWSLETTER FEBRUAR

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

seit über einem Jahr ist die neue Bundesregierung unter Angela Merkel und Sigmar Gabriel im Amt. 79 Prozent der Menschen in Deutschland sagen, dass die Große Koalition – die über 80 Prozent der Abgeordneten im Bundestag verfügt – nicht genug für die Zukunft unseres Landes tut. Bis heute vergeudet die Bundesregierung die Chance für einen Aufbruch in eine sozialere und ökologischere Gesellschaft. Die große Aufgabe unserer Zeit ist es, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in Einklang zu bringen. Doch statt mit Tatkraft eine bessere Zukunft zu gestalten, gibt es Rentengeschenke an Stammwähler, Strompreis-Geschenke an die Industrie und eine Ausländer-PKW-Maut für die Fans im Bierzelt.

Wir Grünen haben einen anderen Anspruch: Grüne Politik hat eine ökologische und soziale Zukunftsvision. Wir stehen für eine ganzheitliche Politik, die unser Klima und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Wir wollen Politik mit langfristiger Orientierung, mit Vorausschau und Prävention; wir denken an morgen und wollen die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende nachhaltig und demokratisch gestalten. Ganz in diesem Zeichen stand auch unsere traditionelle Neujahrsklausur in Weimar zu Beginn des Jahres. Dort haben wir u.a. das Thema Agrarwende als Fraktionsschwerpunkt für das erste Halbjahr beschlossen und damit einhergehend ein [Sofortprogramm](#) vorgelegt, mit dem wir die Agrarwende wieder in Gang bringen wollen. Denn eine andere Landwirtschaft ist möglich. Eine Landwirtschaft, die achtsam unsere Lebensgrundlagen erhält, anständig mit den Tieren umgeht und gute Nahrungsmittel für Alle produziert. Und in der gute Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen herrschen.

Aber lesen Sie am besten selbst mehr über dieses und weitere spannende Themen der Bereiche Energie, Umwelt, Ernährung und Verkehr.

Ihr/euer
Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) **PV-Freiflächen-Ausschreibung: Ökostrom im Bürokratie-Dschungel**
- 2) **Rekord-Zubau bei Windenergieanlagen – leider nur der Schlussverkauf**
- 3) **Neues Mini-KWK-Programm in Kraft**
- 4) **Energieleitungsausbau-Gesetz-Novelle bleibt hinter dem Erforderlichen zurück**
- 5) **Patentanmeldungen im Erneuerbaren-Sektor rückläufig**
- 6) **Schwarz-Rot betreibt bei KfW-Kohlefinanzierung Augenwischerei**
- 7) **Verpackungsmüll und Billig-Klamotten**

- 8) Grüne Klima-Uhr macht Handlungsbedarf deutlich
- 9) Gaspreis-Studie: Großhandel profitiert – Privatkunden zahlen drauf
- 10) Strom-Studie: ‚Konventionelle-Energien-Umlage‘ fast doppelt so hoch wie EEG-Umlage
- 11) Rede: Rechte der Kommunen bei Stromnetzkonzessionen stärken

Agrar/ Ernährung

- 12) Für eine ökologische Agrarwende
- 13) Umweltproblem Stickstoff: Belastungsgrenze erreicht
- 14) Bodenschutz – unsere Lebensgrundlage wird verspielt
- 15) CETA/TTIP-Studie: Freihandel als Einfallstor für Agro-Gentechnik Mehrwegquote erneut gesunken

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 16) Dobrindts PKW-Maut ist europarechtswidrig
- 17) Deutsche Bahn stellt Großteil der Nachtzüge aufs Abstellgleis
- 18) Kein Bekleben von Scheiben in Bussen und Bahnen
- 19) Schienenverkehr – Regionalisierungsmittel für die Zeit nach 2019 fortschreiben
- 20) Jahreswirtschaftsbericht – Investitionen in moderne Mobilität wird versäumt
- 21) Rede: Bezahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen

Energie/Umwelt

1) PV-Freiflächen-Ausschreibung: Ökostrom im Bürokratie-Dschungel

Union und SPD haben mit der EEG-Reform im vergangenen Jahr beschlossen, dass ab 2017 die Vergütung für Ökostrom künftig über Ausschreibungen festgelegt wird. Zuvor soll das neue Verfahren anhand eines Pilotprojekts mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen erprobt werden. Und für diesen Probelauf hat das Bundeswirtschaftsministerium nach wochenlangem Streit mit dem Landwirtschaftsministerium jetzt mit einiger Verspätung eine Verordnung im Bundeskabinett verabschiedet. Sie ist sage und schreibe 101 Seiten dick und voller bürokratischer Hürden und Fangfallen für Investoren. Damit verlassen Union und SPD den Erfolgskurs beim Ausbau erneuerbarer Energien. Ihr Entwurf verheißt Bürokratie pur. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

2) Rekord-Zubau bei Windenergieanlagen – leider nur der Schlussverkauf

Im Jahr 2014 hat es mit 4.750 MW einen Rekordzubau gegeben. Viele Projekte, die zusätzlich nach Fukushima 2011 geplant wurden, konnten nun realisiert werden. Heute benötigt der Planungsvorlauf für einen Windpark drei Jahre oder mehr. Dass in 2014 überhaupt dieser Rekord-Zubau möglich war, ist vor allem dem Druck der Grünen Energieminister in den Bundesländern zu verdanken, denn Gabriel und die Große Koalition wollten auch Windenergie sofort ausbremsen. Bei Sonne und Biogas ist ihnen das gelungen: Dort ist der Zubau völlig eingebrochen. Auch beim Wind ist es nur ein Schlussverkaufseffekt, den auch hier soll ab 2017 die Höhe der Vergütung per Ausschreibung ermittelt werden. Deshalb melden die Hersteller für übernächstes Jahr schon Auftragseingang Null, weil kein Betreiber die Rahmenbedingungen heute einschätzen kann. Weitere Infos zur [Windenergie](#).

Zur Perspektive des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und zur fatalen Politik der Großen Koalition hier mein [Gastkommentar im Handelsblatt](#).

3) Neues Mini-KWK-Programm in Kraft

Zum Jahreswechsel ist die Novelle des Mini-KWK-Impulsprogramms in Kraft getreten. Doch sie ist ein Beispiel für die widersprüchliche Politik der Bundesregierung mit der sie ihr eigens gestecktes Ziel von 25 Prozent keinesfalls erreichen wird. Das Potential der KWK ist noch lange nicht ausgeschöpft, doch der Zubau in diesem Segment stagniert, was weitere Anreize unbedingt erforderlich macht. Durch die Novelle

werden die Zuschüsse für neue Anlagen in Bestandsbauten zwar angehoben, allerdings werden diese geschluckt von der mit der EEG-Novelle eingeführten Eigenstrom-EEG-Umlage („Sonnensteuer“). Weitere Infos finden sich [HIER](#).

4) Energieleitungsausbaugesetz-Novelle bleibt hinter dem Erforderlichen zurück

Der von der schwarz-roten Bundesregierung präsentierte Referentenentwurf zur Novellierung des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) bleibt weit hinter dem Erforderlichen zurück. Das Paket liefert keine Antworten auf die Fragen, die sich Betroffene vor Ort stellen. Weder sollen Missstände in der Bedarfsermittlung geändert, noch die Einschränkung der Erdverkabelung auf Pilotstrecken aufgehoben werden. Nicht einmal die widersinnige Regelung zum Verbot der Erdverkabelung überall dort, wo bereits eine Hochspannungstrasse vorhanden ist, wird angetastet. Erforderlich wäre es auch, das Ziel, mehr und bessere Bürgerbeteiligung zu schaffen, ernsthaft anzugehen. Doch all das wollen Union und SPD nicht. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

5) Patentanmeldungen im Erneuerbaren-Sektor rückläufig

Das unter Rot-Grün im Jahr 2000 geschaffene EEG mit seinen Einspeisevergütungen für Strom aus Erneuerbaren Quellen leistet einen wesentlichen Beitrag zum starken Erfindergeist im Land. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung von Daten der OECD. Dort belegt Deutschland im EU-weiten Vergleich den Spitzenplatz. Doch die technologische Entwicklung der Erneuerbaren ist kein Selbstläufer – dies zeigen die Daten ebenfalls. Es gibt bei den Patentanmeldungen im Bereich der Erneuerbaren Energien in Deutschland einen rückläufigen Trend. Die schwarz-rote Bundesregierung muss hier endlich handeln, um das ganze innovative Potential auszuschöpfen. Dazu darf die Bürgerenergie nicht weiter ausgebremst und der Ausbau gedeckelt werden. Stattdessen braucht die Erneuerbaren-Branche mit ihren vielen Tüftlern und Ingenieuren stabile Rahmenbedingungen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

6) Schwarz-Rot betreibt bei KfW-Kohlefinanzierung Augenwischerei

Nach monatelangem Streit in der Bundesregierung hat Wirtschaftsminister Gabriel endlich den Bericht zur internationalen Kohlefinanzierung durch die KfW vorgelegt. Dabei zeigt sich: Nach massivem Druck der Kohlelobby sind Union und SPD eingeknickt. Auch zukünftig können mit Hilfe der staatseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) klimaschädliche Kohlekraftwerke im Ausland gefördert werden. Immer wenn es konkret wird, hat in dieser Bundesregierung Kohle Vorrang vor Klimaschutz. Deutschland kann nicht Energiewendeland sein und im Ausland weiter Kohlekraftwerke subventionieren. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

7) Verpackungsmüll und Billig-Klamotten

20.000 Liter Wasser kostet die Produktion eines einzigen T-Shirts. Auch Plastikmüll im Meer, unnütze Verpackungen und die geringen Recyclingquoten der Dualen Systeme sind Anlass genug, um endlich geeignete Alternativen zu finden. Einigen Einzelhändlern ist dies bereits gelungen. Geschäfte, die auf unverpackte Waren und ökologisch produzierte Kleidung setzen, entstehen und sind Lichtblicke, die wir Grünen unterstützen wollen. Ein Selbstversuch zeigt, dass es möglich ist weitestgehend auf Verpackungsmüll zu verzichten. Weitere Infos [HIER](#).

8) Grüne Klima-Uhr macht Handlungsbedarf deutlich

Unter dem Motto "CO2UNTDOWN JETZT!" setzen wir uns für mehr Engagement beim Klimaschutz in Deutschland und weltweit ein. Dazu haben wir eine Klima-Uhr vorgestellt. Beim ersten Blick wird deutlich, die Klima-Uhr tickt zu schnell: Steigt der CO₂-Anteil in der Atmosphäre weiter so rasant, droht die gefährliche und unkontrollierbare Aufheizung des Planeten. Noch ist es aber nicht zu spät. Wenn wir jetzt konsequent gegensteuern, bewältigen wir die Klimakrise. Denn fest steht: Um die unkontrollierbaren Folgen der Klimakrise zu verhindern, darf sich die Erde bis Ende dieses Jahrhunderts höchstens um zwei Grad erwärmen. Um darunter zu bleiben, müssen wir jetzt entschlossen handeln. Alle weiteren Infos und die Möglichkeit der Verlinkung der Klima-Uhr finden sich [HIER](#).

9) Gaspreis-Studie: Großhandel profitiert – Privatkunden zahlen drauf

Die Gaspreise im Großhandel in Deutschland sind in den letzten Monaten stark gesunken. Eine von der grünen Bundestagsfraktion beauftragte Studie belegt nun, dass das bei den meisten Gaskunden nicht ankommt. Sie berechnet, dass die gesunkenen Einkaufspreise zum Januar 2015 eigentlich eine Senkung von acht Prozent bedeuten würde, sofern die Versorger nicht bereits im laufenden Jahr den Preis gesenkt haben. Doch bislang haben nur 97 von 780 Versorgern Preissenkungen angekündigt beziehungsweise schon durchgeführt. Alle weiteren Infos und die Studie finden sich [HIER](#).

10) Strom-Studie: ‚Konventionelle-Energien-Umlage‘ fast doppelt so hoch wie EEG-Umlage

Erneuerbare Energien sind deutlich kostengünstiger als konventionelle Energieträger, wenn außer dem Strompreis auch die Kosten von staatlichen Förderungen und Kosten für Umwelt- und Klimaschäden sowie nukleare Risiken einbezogen werden. Das ist das Ergebnis der Studie "Was Strom wirklich kostet", welche das FÖS im Auftrag von Greenpeace Energy erstellt hat. Darin werden die staatlichen Förderungen von konventionellen und erneuerbaren Energieträgern sowie die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Stromerzeugung verglichen. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

11) Rede: Rechte der Kommunen bei Stromnetzkonzessionen stärken

Die frühere schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Rechte von Kommunen, die ihre Strom- und Gasnetze selbst betreiben oder an einen anderen als den bisherigen Netzbetreiber geben im Jahr 2011 durch diese Gesetzgebung erheblich eingeschränkt. Die Folge sind jahrelange juristische Auseinandersetzungen. Wechselwillige Kommunen werden abgeschreckt. [Meine Rede](#) dazu anlässlich eines Antrags der Linken im Bundestag.

Agrar/ Ernährung

12) Für eine ökologische Agrarwende

Bereits auf der Neujahrsklausur der Grünen Bundestagsfraktion Anfang Januar in Weimar verabschiedete die Grüne Bundestagsfraktion ein [Sofortprogramm ‚Agrarwende jetzt!‘](#) und machte die Agrarwende zum Schwerpunktthema in diesem Halbjahr. Wenige Tage später demonstrierten fast 50 000 Menschen parallel zur Grünen Woche in Berlin auf der Straße und forderten eine grüne Agrarwende. Im Anschluss an die Demo organisierte die Grüne Bundestagsfraktion eine Konferenz, die unter dem Titel „Fleisch für die Welt? Sackgasse Agrarexporte“ eine aktuelle Debatte im Bereich Landwirtschaft und Ernährung aufgriff. Denn längst ist der Heißhunger auf Fleisch hierzulande rückläufig: In Deutschland essen die BürgerInnen heute weitaus weniger als noch vor einigen Jahren. Dennoch ist der Expansionskurs der Massentierhaltung ungebremsst. Die Agrarindustrie und die Bundesregierung wollen mit billig produziertem Fleisch anderswo neue Märkte erobern – buchstäblich um jeden Preis. In vier Foren wurde diskutiert, wer in diesem Spiel die eigentlichen Gewinner sind. Alle weiteren Infos zur Konferenz und zur Demo finden sich [HIER](#).

13) Umweltproblem Stickstoff: Belastungsgrenze erreicht

Umweltbelastungen durch zu hohe Nährstoffeinträge gefährden unser Grundwasser und unsere Gesundheit. Insbesondere das Übermaß an Stickstoffverbindungen (Ammoniak, Stickoxide aber auch Nitrat), die über Landwirtschaft, Verkehr und Energieerzeugung in die Umwelt gebracht und nicht mehr von den Pflanzen aufgenommen werden können, bringen das natürliche Gleichgewicht massiv durcheinander. So massiv, dass der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU) bei der Vorstellung eines Sondergutachtens „Stickstoff: Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem“ dieses als einen „Medaillenkandidaten“ bei den drängendsten Umweltproblemen der Welt bezeichnete. Deshalb ist für uns Grüne klar: Wir brauchen eine nationale Stickstoffstrategie, um Mensch und Natur nicht weiter zu gefährden. Die Belastbarkeitsgrenze ist, unter anderem durch den übermäßigen Einsatz von Gülle zur Düngung in der Landwirtschaft, längst erreicht. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

14) Bodenschutz – unsere Lebensgrundlage wird verspielt

2015 ist das internationale Jahr des Bodens. Denn längst ist klar: Land und Böden werden immer knapper. Das bedeutet, dass wir eine der wichtigsten Lebensgrundlagen schwinden sehen. Ein landwirtschaftlicher Anbau ist ohne gesunde und fruchtbare Böden nicht möglich, die Lebensmittelproduktion ist auf Nährstoffe

aus dem Boden angewiesen. Außerdem wird unser Trinkwasser vom Boden gefiltert, das Klima vom Boden mit geregelt und der natürliche Kreislauf von unzähligen Organismen im Boden mit bestimmt. Aber durch falsche Nutzung beziehungsweise Übernutzung verlieren wir weltweit 24 Mrd. Tonnen fruchtbaren Boden jährlich. In Deutschland allein versiegeln wir täglich 77 Hektar Boden mit Asphalt oder Beton. Und ausgerechnet die Landwirtschaft, die auf fruchtbare Böden angewiesen ist, holt mit agrarindustriellen Anbaumethoden, sprich Pestizide, Mineraldünger, große Maschinen, noch das letzte aus den Böden raus. Weitere Infos [HIER](#).

15) CETA/TTIP-Studie: Freihandel als Einfallstor für Agro-Gentechnik

Eine neue Studie im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion zeigt: Anders als von der EU-Kommission und der Bundesregierung behauptet, ließen sich gegenwärtige Standards im Bereich Gentechnik unter CETA und TTIP nicht aufrechterhalten. Wer diese Risiken verschweigt, täuscht bewusst die Öffentlichkeit. Gentechnikregulierung wird in den Abkommen ausschließlich als Handelshemmnis betrachtet, das es abzubauen gilt und die Markteinführung von Genpflanzen ohne jegliche Risikoprüfung, die heute schon in den USA und Kanada Realität ist, droht für eine neue Generation von Genpflanzen auch in Europa. Damit beraubt sich letztlich die Bundesregierung mit CETA der Möglichkeit, eigene Vorhaben umzusetzen: eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf Produkte von mit Gentechnik gefütterten Tieren, wie es sich die Große Koalition laut Koalitionsvertrag vorgenommen hat, wird durch CETA quasi unmöglich. Weitere Infos und die Studie finden sich [HIER](#).

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

16) Dobrindts PKW-Maut ist europarechtswidrig

Nachdem unzählige Juristen bereits darauf hingewiesen haben, hat nun auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages bestätigt: Die irrsinnigen Pläne von Bundesverkehrsminister Dobrindt, eine Pkw-Ausländermaut in Deutschland zu installieren, sind ein Verstoß gegen das Europarecht. Auch im Bundesrat regt sich mehr und mehr Widerstand. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

17) Deutsche Bahn stellt Großteil der Nachtzüge aufs Abstellgleis

Die Nachtzüge der Deutschen Bahn sind gut ausgelastet. Das bestätigt inzwischen selbst die Deutsche Bahn AG (DB). Daher ist völlig unverständlich, weshalb sie das Angebot mit Nachtzügen mit dem Fahrplanwechsel radikal gekürzt hat. Von 17 Verbindungen fielen ganze 6 Verbindungen weg. So gibt es keine Nachtzug-Verbindungen nach Paris oder Kopenhagen. Mehr Infos [HIER](#).

18) Kein Bekleben von Scheiben in Bussen und Bahnen

Das Bekleben von Fensterscheiben mit Weberfolien ist in vielen Verkehrsmitteln des Personennahverkehrs nun bald zur Regel geworden. Die Bahn sah - von Ausnahmen abgesehen - bisher davon ab, doch das könnte sich bald ändern. In einem Brief an Verkehrsminister Dobrindt und Bahnchef Grube mache ich zusammen mit dem bahnpolitischen Sprecher der Fraktion, Matthias Gastel, auf diesen Missstand aufmerksam. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

19) Schienenverkehr – Regionalisierungsmittel für die Zeit nach 2019 fortschreiben

Seit der Bahnreform sind die Bundesländer für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zuständig. In Form der Regionalisierungsmittel erhalten die Länder dafür rund 7,3 Milliarden Euro pro Jahr an Zuschuss vom Bund. Die für den SPNV vergebenen Mittel halten jedoch mit der Kostenentwicklung nicht mehr Schritt. Um dennoch den Schienennahverkehr attraktiv für – vor allem die Millionen Pendler tagtäglich – zu halten, bedarf es einer dringenden Erhöhung dieser Mittel. Der Bundesrat forderte dies auch jüngst in seiner [Stellungnahme](#). Die Regionalisierungsmittel sollten erhöht werden und die Dynamisierung von bisher 1,5 Prozent aufzustocken.

20) Jahreswirtschaftsbericht – Investitionen in moderne Mobilität wird versäumt

Die Bundesregierung investiert mit der Vorlage ihres [Jahreswirtschaftsberichts](#) auf Betonprojekte statt in Zukunftsköpfe. Wir wollen Erhalt vor Neubau – statt Spatenstiche für Straßenneubauprojekte mit zweifelhaftem Nutzen, wollen wir die Sanierung der Infrastruktur konsequent angehen. Wir brauchen darüber eine Offensive für einen umweltfreundlichen, öffentlichen Personennahverkehr, einen konsequenten Ausbau der Schieneninfrastruktur und gezielte finanzielle Anreize für den Kauf von Elektroautos. Schnellladesäulen entlang von Autobahnen und Bundesstraßen, ein bundesweites Park-Vorrecht für Elektroautos an Ladepunkten und der Ausbau von Radschnellwegen für Pedelecs und E-Bikes ebnen den Weg für die Mobilität von morgen. Doch bis auf vage Ankündigungen ist hier nichts von Union und SPD zu hören. Auch in anderen Politikfeldern sieht es ähnlich aus. Mehr dazu in unserem [Antrag zum Jahreswirtschaftsbericht](#).

21) Rede: Bezahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen

Bezahlbarer Wohnraum wird vor allem in Großstädten immer knapper. Wohnungen werden in manchen Regionen zum Spekulationsobjekt mit allen negativen Folgen für die Städte und ihre Bewohner. Es gibt zwar den politischen Konsens zur Einführung einer Mietpreisbremse und die Bundesregierung hat einen – wenn auch viel zu schwachen – Entwurf in den Bundestag eingebracht. Passiert ist seitdem nichts mehr, weil Union und SPD sich nicht einigen. Ebenso bei anderen wohnungspolitischen Vorhaben wie der überfälligen Erhöhungen des Wohngeldes, der energetischen Gebäude- und Quartierssanierung u. a. Geredet wird in der GroKo viel, gehandelt kaum. [Meine Rede](#) dazu anlässlich eines Antrags der Linken

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.